

Steueroasen-Deal: 157 Mio. Euro für Berliner Flüchtlingsheim!

Der Berliner Senat plant, 157 Mio. Euro für die Miete eines Bürohauses als Flüchtlingsunterkunft auszugeben.

Soorstraße 80-82, Berlin, Deutschland - In der beschaulichen Soorstraße im Berliner Stadtteil Westend braut sich gewaltiger Ärger zusammen. Ein gewaltiger Bürokomplex, einst Heim der Landesversicherungsanstalt, ist der neue Zankapfel für die Bewohner. Noch herrscht hier Ruhe, doch die Pläne des Senats bringen den Kiez in Aufruhr. Der Plan: Aus dem Bürogebäude soll ein Mega-Flüchtlingsheim werden, in dem ab 2026 mehr als 1500 Flüchtlinge unterkommen sollen. Dafür will der Senat satte 157 Millionen Euro an Miete locker machen. Eine Summe, die nicht jeder toll findet! Bereits für das einstige Hotel in Lichtenberg wurden Millionen ausgegeben. Der Berliner Kurier berichtet über die brisanten Entwicklungen und die Empörung der Anwohner.

Die Sorge unter den Anwohnern ist groß. Kriminalitätsschlagzeilen aus dem überfüllten Flughafen Tegel sind noch frisch in Erinnerung, wo unter Bedingungen des Gedränges bereits steigende Verbrechen verzeichnet wurden. „Es wird hier genauso chaotisch“, prophezeit eine ältere Dame, während sie mit ihrem Hund spazieren geht. „Wir haben hier nicht einmal genug Schulen oder Kitas!“, beklagt sie. Auch auf einer hitzigen Anwohnerversammlung zeigte sich: Viele sind skeptisch, warum der Senat die gigantische Summe nicht besser nutzt, um Flüchtlinge auf mehrere Standorte zu verteilen.

Sensationeller Deal oder Skandal?

Die Verhandlungen rund um das Projekt laufen auf Hochtouren. Doch die öffentliche Diskussion wird von einer geheimen Vorlage des Senats angeheizt. In diesem Dokument wird die Anmietung des Bürohauses Soorstraße auf zehn Jahre erwogen. Doch die geheimnisvolle Antragslage führt zu Spekulationen, die bis in die höchsten Kreise Berlins Wellen werfen. Der Berliner Steuerzahlerbundchef, Alexander Kraus, erhebt seine Stimme und warnt vor einem drohenden Fiasko. Er bezeichnet die geplanten Mietkosten als inakzeptabel im Vergleich zu den erwarteten Leistungen des Vermieters. Transparenz sieht anders aus!

Als wäre das noch nicht genug, werden nicht nur die Bürogebäude gemietet, sondern auch umfangreiche Umbauarbeiten angekündigt. Kosten: 29 Millionen Euro. Wer zahlt? Natürlich der Steuerzahler! Im Raum stehen Fragen über geheime Berechnungen und aufgeblähte Immobilienkosten. Einem dokumentierten Antrag zufolge ist die Wirtschaftlichkeit des Projekts scheinbar ein Schönheitsfehler, da es keine existierenden Vergleichsimmobilien gibt.

Ein Beispiel für schlechte Verhandlungen?

Bereits in der Vergangenheit wurden in Berlin hohe Summen in die Anmietung veralteter Immobilien investiert. Der Fall der Hotel-Hochhäuser an der Landsberger Allee ist nur ein Beispiel. Hier wurden rund 143 Millionen Euro auf zehn Jahre gemietet, während Immobilienfirmen in Steueroasen die Gewinne streichen, wie auch **eine Quelle auf Facebook** berichtete. Solche Praktiken lassen den Verdacht aufkommen, dass der Senat bei Mietverhandlungen nicht sonderlich erfolgreich ist. In Zeiten strikter Sparmaßnahmen erscheint der Vorschlag wie eine Farce. Wurde hier gemauschelt, um versteckte Interessen zu fördern?

Am 11. Dezember soll endgültig entschieden werden, ob das Bürohaus den geplanten Zweck erfüllen wird. Doch der Druck aus der Bevölkerung wächst. Bleibt nur abzuwarten, ob sich die

Verantwortlichen dieser Herausforderung stellen oder ob weiterhin Miethaie die Oberhand behalten werden.

Details	
Vorfall	Betrug, Körperverletzung
Ursache	Vertragsbedingungen, Erhöhung der Flüchtlingsunterbringung
Ort	Soorstraße 80-82, Berlin, Deutschland

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at